

KLAUS PETER KISKER

Plädoyer für eine gesellschaftliche Profitorientierung

Interview mit Stefan Kalmring und Andreas Nowak

STEFAN KALMRING & ANDREAS NOWAK: Der Neoliberalismus wird als die Lösung eklatanter sozialer und ökonomischer Probleme ausgegeben, mit denen die entwickelten kapitalistischen Ökonomien seit etwa dreißig Jahren zu kämpfen haben. Wie erklärst Du Dir die vielfältigen – seit dem Strukturbruch 1974/75 zu beobachtenden – Phänomene wie die säkular steigende Arbeitslosigkeit, die geringen Kapazitätsauslastungen, die niedrigen Wachstumsraten, die Fusionswellen und die rigide Verdrängungskonkurrenz?

KLAUS PETER KISKER: Die in allen hochindustrialisierten kapitalistischen Ländern zu registrierende Tendenz der längerfristig, d. h. über die konjunkturellen Schwankungen hinweg, fallenden Profitrate hat zwar zu immer stärkeren Klagen der Industrie geführt, war aber so lange unproblematisch, wie hohe Akkumulationsraten dazu führten, dass die Profitmassen trotz fallender Profitraten stiegen. Die Akkumulationsrate wird selbst längerfristig von der fallenden Profitrate bestimmt. Das bedeutet, die Akkumulationsrate, die notwendig wäre, um eine steigende Profitmasse zu garantieren, konnte längerfristig nicht aufrechterhalten werden. Die Situation, in der das neue, zusätzlich gebildete Realkapital, gesamtgesellschaftlich und tendenziell gesehen, nicht mehr ausreichte, um den Fall der Profitrate zu kompensieren, ist Mitte der siebziger Jahre eingetreten. Die Folge ist: Seitdem sinken bei deutlichen Unterschieden zwischen einzelnen Regionen, Branchen und Unternehmen tendenziell im längerfristigen Trend nicht nur die Profitraten, sondern es sinkt auch die gesamtgesellschaftliche Profitmasse. Mit dieser als *Strukturelle Überakkumulation* zu bezeichnenden längerfristigen Entwicklung, in der durch zusätzliche *Realkapitalakkumulation* die gesamtgesellschaftliche Profitmasse nicht mehr gesteigert werden kann, sind die kapitalistischen Systeme in eine neue Entwicklungsphase eingetreten.

STEFAN KALMRING & ANDREAS NOWAK: Worin liegt der Unterschied zwischen der zyklischen und der Strukturellen Überakkumulation?

KLAUS PETER KISKER: In jedem der rund 25 Konjunkturzyklen, die die kapitalistischen Wirtschaften seit der Durchsetzung dieses Systems durchlaufen haben, sind im Aufschwung auf Grund des kapitalimmanent logischen, durch die Konkurrenzbedingungen erzwungenen Investitionsverhaltens Überkapazitäten entstanden, die im Abschwung durch Kapitalentwertung und -vernichtung beseitigt

Klaus Peter Kisker – Jg. 1932; Prof. Dr.; Volkswirt, zahlreiche Veröffentlichungen zu Fragen der Marx'schen Theorie, der Krisen- und Konjunkturtheorie und zu Fragen von Konzentration und Zentralisation des Kapitals; lehrt am Fachbereich Wirtschaftswissenschaft der FU-Berlin, Mitherausgeber der Zeitschrift »Sozialismus«.

worden sind. Damit sind immer wieder die Voraussetzungen für einen neuen Aufschwung geschaffen worden. *Strukturelle Überakkumulation* war und ist dagegen eine längerfristig sich anbahnende, absehbare Entwicklung, die im Unterschied zur zyklischen Überakkumulation nicht auf falschen Signalen seitens des Marktes beruht und vor allem nicht durch einen kurzfristigen Abschwung beseitigt wird. Anhaltende Überkapazitäten und sinkende Profitmasse fordern strategisches Handeln seitens der Kapitale. So ist zu erklären,

- dass die Realinvestitionsquote deutlich zurückgegangen ist,
- dass die Unternehmer versuchen, ihre Investitionen auf Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen zu beschränken,
- dass sie auf Kosten der Realinvestitionen riesige Geldkapitale bilden und eher andere Firmen aufkaufen, als die Gewinne zum Ausbau bestehender Unternehmen zu verwenden, wobei sie in der Regel nicht an den Produktionskapazitäten, sondern lediglich an den Marktanteilen der aufgekauften Unternehmen interessiert sind. Deren Mitarbeiter und Maschinen stellen eine lästige Dreingabe dar.

Mit diesen kapitalimmanent logischen, betriebswirtschaftlich rationalen Maßnahmen können die Einzelkapitale kurzfristig ihren Gewinn stabilisieren, längerfristig verschärfen sie damit jedoch die Strukturelle Überakkumulation. Die zyklendurchschnittliche Einschränkung der Realkapitalakkumulation, die Reduzierung der Erweiterungsinvestitionen und die neuen, Produktionskapazitäten vernichtenden Zentralisierungsstrategien bremsen zwar kurzfristig den Fall der Profitrate, bewirken aber gleichzeitig eine weitere zyklendurchschnittliche Senkung der Akkumulationsrate, sodass die Überakkumulation nicht gebremst, sondern verstärkt wird.

Die Einschränkung der Realkapitalakkumulation – deutlich abzulesen an der gesunkenen Investitionsquote – bei Zunahme des Anteils der Rationalisierungsinvestitionen bedeutet, dass das zyklendurchschnittliche Wachstum der Arbeitsproduktivität über dem Wachstum des Sozialproduktes liegt. Eine solche Konstellation muss zu einer überzyklischen Entlassung von Arbeitskräften führen.

Längerfristig abnehmende Beschäftigung heißt abnehmende Nachfrage nach Konsumgütern und damit Kontraktion der Konsummittelproduktion. Damit fällt nicht nur Nachfrage nach Investitionsgütern, sondern zusätzlich effektive Nachfrage nach Konsumgütern aus, zumal mit zunehmender langanhaltender Massenarbeitslosigkeit die herkömmlichen sozialstaatlichen Transfersysteme an ihre Grenzen stoßen und damit ihre abfedernde Funktion verlieren. Wird dieser akkumulationsbedingte Ausfall an effektiver Nachfrage nicht durch staatliche Aktivität oder zunehmende Nachfrage aus dem Ausland (Exportüberschuss) kompensiert, führt dies zu weiterer Reduzierung der Investitionsgüternachfrage. Es entwickelt sich ein *Circulus vitiosus* mit zunehmender Arbeitsplatzvernichtung.

STEFAN KALMRING & ANDREAS NOWAK: Der schwarze Freitag ist uns allen ein Begriff. Er steht für die langandauernde Depressionsphase der Weltwirtschaft in den dreißiger Jahren. Die katastrophalen politischen Folgen sind allseits bekannt. Worin liegen für Dich die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der beiden Depressionsphasen?

Stefan Kalmring – Jg. 1972; Dipl. Volkswirt, Dipl. Soziologe; Promotionsstipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Lehrbeauftragter am Fachbereich Wirtschaftswissenschaft und am Lateinamerika-institut der FU Berlin. Jüngste Buchveröffentlichung: Olaf Gerlach, Stefan Kalmring, Daniel Kumitz, Andreas Nowak: Peripherie und globalisierter Kapitalismus. Zur Kritik der Entwicklungstheorie, Frankfurt/Main 2005.

KLAUS PETER KISKER: Bereits ab Mitte der siebziger Jahre war eine Entwicklung zu beobachten, die viele Gemeinsamkeiten mit der in den zwanziger Jahren hatte. Nach der Krise 1920/21 – in Deutschland nach 1923 – erholte sich der Kapitalismus in den hochindustrialisierten Ländern nur unvollkommen. Die Industrieproduktion stieg im Verhältnis zur Vorkriegszeit nur noch schwach an, die Kapazitätsauslastung der Industrie blieb mit knapp 80 % unbefriedigend. Das hervorsteckende Merkmal war die Entwicklung der Massenarbeitslosigkeit, die im Unterschied zu früheren Konjunkturaufschwüngen auf hohem Niveau verharrte. In Deutschland betrug die Zahl der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder nach Angaben des Instituts für Konjunkturforschung 1924 = 8,9 %, 1925 noch 8,3 %, 1926 sogar 18,8 %, 1927 = 8,8 % und im Höhepunkt der Konjunktur – im August 1927 – noch über 5 %. In Großbritannien fiel die Arbeitslosenquote niemals unter 10 %, in den skandinavischen Ländern verharrte sie bei rund 18 %. Nur in den USA erreichte sie mit 4 % in etwa den Vorkriegsstand.

In der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1932/33 stieg die Arbeitslosigkeit – nach amtlichen Statistiken, die die Kurzarbeit und die Arbeitslosigkeit der Landarbeiter nicht erfassten – bis 1933 in Deutschland auf 44,7 %, in den USA auf 31 %, in England auf 23,2 % (vollarbeitslose Industriearbeiter). Diese Krise war aber nicht nur die längste und schwerste in der Geschichte des Kapitalismus, sondern zugleich auch die erste, die nicht von einem kräftigen Aufschwung abgelöst wurde. Sie ging in eine längere Depressionsphase über. In dem so genannten Aufschwung nach 1933 verharrte die Arbeitslosigkeit in Großbritannien bei 17 % und in Schweden sowie in den USA bei 20 %. Die durchschnittlichen Wachstumsraten des Sozialproduktes blieben mit durchschnittlich 0,8 % p. A. weit hinter der Vorkriegsentwicklung zurück. Der relativ schwache Boom nach der Krise 1920/21 und insbesondere die unzureichende Erholung nach der Weltwirtschaftskrise wurden damals als bedrohliche Symptome einer überzyklischen, strukturellen Krise, als Beginn einer »säkularen Stagnation«¹ gedeutet. Im Unterschied zu heute wurde diese Entwicklung allerdings dann relativ schnell durch die Kriegsvorbereitungen abgebrochen.

STEFAN KALMRING & ANDREAS NOWAK: Die Neokonservativen behaupten seit Jahren eine Alternativlosigkeit ihrer marktradikalen Politik der Deregulierung. Sie begründen dies u. a. mit einem angeblichen Scheitern keynesianischer Wirtschaftspolitik. Eine solche Argumentation scheint uns problematisch, da sie auffällig ungeschichtlich verfährt, war doch der (Post-)Keynesianismus selber eine Reaktion auf die tiefen Verwerfungen und Instabilitäten eines freien, sich selbst überlassenen Marktes, wie ihn die Neoliberalen sich ersehnen. Sind die Lehren dieser Krise der dreißiger Jahre vergessen?

KLAUS PETER KISKER: Abgesehen davon, dass mit der Wirtschaftspolitik seit Ende der siebziger Jahre alle Erfahrungen aus den zwanziger Jahren ignoriert werden, und abgesehen davon, dass die mangelnden analytischen Fähigkeiten der Neokonservativen dafür sorgen, dass die besonderen Bedingungen der einmaligen Prosperitäts-

Andreas Nowak – Jg. 1969; Dipl. Soziologe; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lateinamerikainstitut der FU Berlin; Redakteur der Zeitschrift ZAG; Veröffentlichung u. a.: Olaf Gerlach, Stefan Kaltring, Andreas Nowak: Mit Marx ins 21. Jahrhundert. Zur Aktualität der Kritik der politischen Ökonomie, Hamburg 2003.

1 Alvin H. Hansen: Business Cycles and National Income, New York 1951.

konstellation der Nachkriegszeit nicht erkannt werden, wird hier ein Scheitern behauptet, das nie stattfinden konnte. Zwar gab es in den USA – in der kurzen Kennedy-Ära unter dem Einfluss seines Beraters Galbraiths – und in Großbritannien sowie in der Bundesrepublik Deutschland nach 1965 Ansätze einer keynesianischen Wirtschaftspolitik, eine konsequente, auf Keynes' Analyse aufbauende Wirtschaftspolitik hat es jedoch zu keinem Zeitpunkt in keinem Land gegeben. Unter den gegebenen Kräfteverhältnissen zwischen Arbeit und Kapital wäre jeder Versuch in dieser Richtung am Widerstand des Kapitals gescheitert. Das zeigten bereits die Diskussionen um die Konzepte von Keynes seit den dreißiger Jahren und vor allem die Debatten um Deregulierung seit den siebziger Jahren.

Vollbeschäftigung und sichere Arbeitsplätze sind für das Kapital keine erstrebenswerten Ziele, denn Vollbeschäftigung heißt für die Unternehmen: Lohnsteigerungen, da bei Vollbeschäftigung sowohl die Verhandlungsmacht des einzelnen Arbeitnehmers als auch insbesondere die Kampfkraft der Gewerkschaften wesentlich stärker ist als bei hoher Arbeitslosigkeit. Fehlende industrielle Reservearmee bedeutet zudem für die Unternehmen, dass sie weniger flexibel auf die für kapitalistische Systeme typischen Wechsel der Nachfrage reagieren können. Kalecki hat bereits in den vierziger Jahren den Widerstand der Unternehmer gegenüber aktiver Beschäftigungspolitik auf drei Ebenen systematisch analysiert, er schreibt: »Die ›Führer der Wirtschaft‹ widersetzen sich einer Vollbeschäftigung, die der Staat durch seine Ausgaben erzeugt. Die Gründe lassen sich in drei Gruppen einteilen:

1. das Unbehagen an der Einmischung des Staates in das Beschäftigungsproblem an sich,
2. das Unbehagen am Verwendungszweck der Staatsausgaben (öffentliche Investitionen und Subventionierung des privaten Konsums),
3. das Unbehagen an den sozialen und politischen Veränderungen, die eintreten, wenn Vollbeschäftigung zum Dauerzustand wird.«²

2 Michael Kalecki:
Politische Aspekte der
Vollbeschäftigung, in:
ders.: Krise und Prospe-
rität im Kapitalismus,
Marburg 1987, S. 235 f.

STEFAN KALMRING & ANDREAS NOWAK: Nehmen wir noch mal das Beispiel der Bundesrepublik Deutschland. Wenn heute von keynesianischer Wirtschaftspolitik gesprochen wird, stellen sich die meisten eine Globalsteuerung im Stil Karl Schillers vor. Helmut Schmidts berühmter Ausspruch, dass die Pferde zwar an die Tränke geführt, aber nicht saufen würden, versinnbildlicht für viele das Scheitern der damals praktizierten Form der Globalsteuerung, suggeriert aber auch, dass die sozialdemokratische Politik der sechziger und siebziger Jahre mit den Vorstellungen von Keynes gleichzusetzen sei. Wie gerechtfertigt ist es, die Vorstellungen Keynes' mit der damaligen Wirtschaftspolitik in eins zu setzen?

KLAUS PETER KISKER: Die Sozialdemokraten haben es nie gewagt, gegen die Interessen des Kapitals eine konsistente keynesianische Wirtschaftspolitik zu betreiben. Karl Schiller hat Ende der sechziger Jahre unter dem Eindruck der ersten Krise in der Bundesrepublik eine »aufgeklärte soziale Marktwirtschaft« propagiert, bei der er den neoliberalen »Freiburger Imperativ« mit der »Keynesschen Bot-

schaft« zu verbinden vorgab. Mit dem von ihm maßgeblich initiierten Stabilitätsgesetz von 1967 tat er so, als ob nun ein Stück keynesianischer Politik betrieben werden solle. In Wahrheit ist dieses Gesetz bis heute niemals angewendet worden, es war reines Window-dressing. Schiller hat, wie viele andere, Keynes' Konzepte wie einen Steinbruch genutzt, einige leicht zu verwertende Brocken wurden herausgenommen, die schwereren wurden umgangen. Das Scheitern dieser halbherzigen, inkonsistenten Politik war vorprogrammiert. Mit dem im September 1982 verabschiedeten Haushaltssicherungsgesetz, das eine erhebliche Kürzung der Sozialleistungen mit sich brachte, leitete Helmut Schmidt kurz vor seinem Sturz die offene Wende zu einer neoliberalen Politik ein.

STEFAN KALMRING & ANDREAS NOWAK: Du hast vorhin bereits gesagt, dass Unterbeschäftigung beziehungsweise eine umfangreiche industrielle Reservearmee eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse zugunsten des Kapitals bedeutet. Die geschwächte Verhandlungsmacht der abhängig Beschäftigten erleichtert eine Sanierung der Profitraten über einen Abbau von Arbeitnehmerrechten, eine Senkung der Löhne, Privatisierungen etc. Bedeutet die von Dir mit dem Zitat von Kalecki zum Ausdruck gebrachte Auffassung nicht, dass die Unternehmer wissen, welche Politik zu Vollbeschäftigung führt, und deshalb aus strategischen Gründen anders handeln? Uns erscheinen die meisten Politiker und Unternehmer eher in ihrem eigenen neoliberalen Diskurs gefangen zu sein. Sie glauben, was sie vorschlagen. Und zeitigt eine Deregulierungsmaßnahme nicht die gewünschten Ergebnisse, so argumentieren sie, dass die Maßnahme eben nicht weit genug ging und deshalb durch weitere flankiert werden müsse.

KLAUS PETER KISKER: Im Kapitalismus zwingt die Konkurrenz die Kapitalbesitzer oder ihre Beauftragten zu maßloser Profitmaximierung. Das ist keine Frage der Moral oder des Gefangenseins in einem Diskurs, sondern des Überlebens des Kapitals. Sie handeln betriebswirtschaftlich logisch, wenn sie angesichts von Überkapazitäten ihre Investitionen einschränken, Arbeitskräfte entlassen und Maßnahmen ergreifen beziehungsweise fordern, die die Lohnkosten senken.

STEFAN KALMRING & ANDREAS NOWAK: Die neoliberale Politik ist auch für das Kapital ein zweischneidiges Schwert. Zwar findet einerseits eine gewichtige Rekommodifizierung der Ware Arbeitskraft statt, das heißt Arbeitskosten und Zumutbarkeitsgrenzen werden erheblich gesenkt, die anfallenden Kosten des Sozialstaats werden gemindert, und es erschließen sich über Privatisierungen, Freihandelsbestrebungen etc. neue Verwertungsmöglichkeiten. Aber andererseits bedeuten die restriktive staatliche Haushalts- und Geldpolitik wie auch Lohnsenkungen, dass Probleme bei der Binnennachfrage entstehen. Könnte hieraus mittelfristig folgen, dass größere Kapitalfraktionen sich wieder von der neoliberalen Wirtschaftspolitik abwenden?

KLAUS PETER KISKER: Das Kapital beziehungsweise seine Vertreter haben niemals wirkliche Alternativen zu der neoliberalen Wirt-

schaftspolitik geduldet. Sie sind davon überzeugt, dass das, was gut für ein Unternehmen ist, auch gut für die Gesellschaft ist. Dass sich die Schere zwischen einzelwirtschaftlicher und gesellschaftlicher Effizienz immer weiter öffnet, wird ignoriert.

STEFAN KALMRING & ANDREAS NOWAK: Die Phase struktureller Überakkumulation prägt jetzt schon über ein Vierteljahrhundert das ökonomische und mittelbar das politische Geschehen. Mitte der neunziger Jahre sah es mit dem New Economy Boom eine kurze Zeit so aus, als wäre dem Kapitalismus ein Weg aus der *säkularen Stagnation* gelungen. Warum gelingt es dem Kapital und der es unterstützenden Politik nicht, eine neue Prosperitätskonstellation zu erzeugen?

KLAUS PETER KISKER: Der Aufschwung in den neunziger Jahren wurde ganz wesentlich durch die Börsen vorangetrieben. Riesige Summen anlagensuchendes Kapital haben zu einer Spekulationsblase geführt, die fälschlich als Prosperitätsphase angesehen wurde. Die weltweiten Überkapazitäten im verarbeitenden Gewerbe sind dadurch nicht abgebaut, sondern verschärft worden.

STEFAN KALMRING & ANDREAS NOWAK: Gemäß der Theorie der Langen Wellen führt die Einführung von neuen Basistechnologien zu einer langanhaltenden Aufschwungphase. In der öffentlichen Diskussion werden die Computer, Nano- und Biotechnologien als solche Basistechnologien gehandelt. Was hältst Du von einer solchen optimistischen Auffassung?

KLAUS PETER KISKER: Die so genannten Langen Wellen waren und sind immer ein »Prinzip Hoffnung«. Es gibt keine in sich schlüssige Theorie der Langen Wellen, die endogen eine wirtschaftliche Erholung begründen kann. Auch statistische Untersuchungen haben die Langen Wellen als Illusionen entlarvt. Die Durchsetzung der Computertechnologie in den letzten fünfzig Jahren zeigt, dass damit keine Aufschwungphase verbunden war. Das ist von der Nano- oder Biotechnologie ebenfalls nicht zu erwarten.

STEFAN KALMRING & ANDREAS NOWAK: Die Forderung nach wirtschaftspolitischen Alternativen zum Marktradikalismus setzt voraus, dass der Staat auch in Zeiten der Globalisierung eine Handlungsmacht besitzt. Es geht also um die Frage nach der politischen Durchsetzbarkeit von Alternativen. Gerade diese wird nicht nur von Neoliberalen bestritten. Welche Position nimmst Du ein?

KLAUS PETER KISKER: Die Behauptung, dass der Staat auf Grund der Globalisierung der Kapitale nicht mehr in der Lage ist, durch seine Geld- und Fiskalpolitik soziale, bildungspolitische und ökologische Ziele durchzusetzen und dementsprechend auch nicht mehr der Adressat gesellschaftlicher Forderungen sein könnte, ist genau der Mythos, den das Kapital zu etablieren versucht. Richtig ist zwar, dass die EU-Nationalstaaten mit dem Maastricht-Vertrag wesentliche Mittel der Geld- und Fiskalpolitik aus der Hand gegeben haben und durch den Verzicht auf ein effizientes internationales Währungs-

system wie auf Kapitalverkehrskontrollen die zumeist spekulativen internationalen Finanztransaktionen nicht mehr beeinflussen können. Richtig ist aber auch, dass die notwendigen Reformen heute weitgehend nur durch gemeinsames Vorgehen der EU-Mitglieder durchzusetzen sind.

STEFAN KALMRING & ANDREAS NOWAK: Das Gejammer der Unternehmer über die hohen Lohnkosten kontrastiert merkwürdig mit der Rolle Deutschlands als Exportweltmeister beziehungsweise den hohen Direktinvestitionen nach Deutschland. Widerlegt nicht dieser Tatbestand die Forderung nach weiterer Deregulierung und Senkung der Lohnkosten?

KLAUS PETER KISKER: Deutschland ist ein Hochlohnland, aber nicht die Höhe der Löhne, sondern die Lohnstückkosten sind entscheidend für die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen. Nur 1992/93 stiegen die Löhne schneller als die Produktivität, das klassische Muster jedes konjunkturellen Abschwunges. Von dieser kurzen Zeit abgesehen, sind die Lohnstückkosten gefallen. Im EZB-Monatsbericht Mai 2005 warnen die Banker Deutschland vor einer weiteren Lohnsenkungspolitik, da diese bisher schon erhebliche Probleme für die anderen Länder der EU verursacht habe!

Nach Berechnungen der EZB sind die gesamten Arbeitskosten in der Bundesrepublik von 1999 bis 2003 in jedem Jahr um 1 % geringer gestiegen als im Durchschnitt der EU. Weiter heißt es dort: Da die Produktivität hier stärker als in allen anderen EU-Ländern gestiegen ist, sind die für die Wettbewerbsfähigkeit entscheidenden Lohnstückkosten um 1,1 % hinter denen der anderen Länder zurückgeblieben. Da z. B. Spanien um 1,1% in der Gegenrichtung vom Durchschnitt abwich, ergibt sich eine jährliche Verbesserung der deutschen gegenüber der spanischen Wettbewerbsposition um 2,2 %, für die vier Jahre von um fast 9 %. Die Behauptung, dass die Löhne einschließlich der Lohnnebenkosten in der Bundesrepublik zu hoch seien und deshalb Deutschland international nicht wettbewerbsfähig sei, ist absurd.

STEFAN KALMRING & ANDREAS NOWAK: Die IG Metall hat 2006 ein recht passables Abschlussergebnis bei den Tarifverhandlungen erzielt. Der Gewerkschaftsexperte Josef Esser hat die Ursachen dafür zum Teil darin gesehen, dass selbst die Arbeitgeber mittlerweile an das Drohpotenzial von Betriebsverlagerungen in Niedriglohnländer nicht mehr glauben würden und gegen die Gewerkschaften einsetzen könnten. Verpufft das Schreckgespenst der Globalisierung zuletzt bei Licht besehen?

KLAUS PETER KISKER: In der Tat ist es den Gewerkschaften gelungen, das Drohpotenzial, das immer weit höher war als die tatsächlichen Verlagerungen, durch fundierte Analysen zu entschärfen. Tatsache ist: Die Zahl der bei deutschen Konzernen im Ausland Beschäftigten hat zugenommen. Hierbei handelt es sich in den meisten Fällen jedoch nicht um neue Arbeitsplätze, die zu Lasten des Inlandes entstanden sind, sondern überwiegend um Akquisitionen

bereits bestehender Betriebe mit den dort Beschäftigten. Der Teil der Investitionen, die ins Ausland fließen, stagniert seit 1990 bei 5 % und dient wesentlich der Erschließung beziehungsweise Erweiterung ausländischer Märkte sowie der Exportförderung. 2002/03 weist Deutschland hinter Irland den höchsten positiven Saldo der Direktinvestitionen aus. Produktionsverlagerungen sind fast ausschließlich bei händischer Produktion ohne Rationalisierungspotenzial zu registrieren.

STEFAN KALMRING & ANDREAS NOWAK: Welche wirtschafts- und sozialpolitische Strategie sollte die gewerkschaftliche und politische Linke kurz- und mittelfristig einschlagen?

KLAUS PETER KISKER: Um wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen, sind zwei Maßnahmen vordringlich:

1. eine Kontrolle des internationalen Kapitalverkehrs und
2. eine Neuordnung der Staatsfinanzen.

Es ist notwendig, die spekulative Geldkapitalakkumulation auf den internationalen Finanzmärkten zu Gunsten der inländischen – das heißt zunehmend europäischen – Realinvestitionen zu unterbinden. Die Gesellschaft hat ein Recht darauf, die Verschiebung des Mehrwertes, der im Inland von den abhängig Beschäftigten nicht zuletzt auf Grund bestimmter, von der Gesellschaft geschaffener Voraussetzungen erwirtschaftet worden ist, zu kontrollieren. Die Wiedereinführung einer effizienten, die internationale Mobilität des Finanzkapitals einschränkenden Kapitalverkehrskontrolle in Verbindung mit einer Neukonstruktion des internationalen Währungssystems würde nicht nur die Gefahr einer weltweiten Finanzkrise mindern, sondern dem Staat Handlungsspielraum zurückgeben, um – bei entsprechendem Druck seitens der abhängig Beschäftigten – Politik im Interesse der Gesellschaft gestalten zu können. Die deutsche Industrie hat ca. eine Billion Euro als Geldmittel auf den internationalen Kapitalmärkten angelegt. Das sind zum großen Teil Gewinne, die hier in Deutschland auf Basis der hier geschaffenen, gesellschaftlichen Produktionsvoraussetzungen geschaffen worden sind, die hier aber nicht in reale Anlagen gesteckt wurden, sondern ins Ausland verschoben wurden. Zur Erinnerung: Die USA, die BRD, Kanada und die Schweiz haben als erste Staaten 1970 Kapitalverkehrskontrollen aufgehoben. Großbritannien folgte 1979, Spanien erst 1992. Kapitalverkehrskontrollen sind eine unabdingbare Voraussetzung zur Wiedererlangung wirtschaftspolitischer Steuerungsmöglichkeit.

Beschäftigungs- und umweltorientierte Strukturprogramme sind nur über Defizit-Spending zu finanzieren. Ein berechtigter Einwand gegen die wachsende Staatsverschuldung ist, dass die daraus resultierenden Zinszahlungen einen wesentlichen Teil des Steueraufkommens absorbieren und damit die Umverteilung von unten nach oben beschleunigt wird. Dieses Argument richtet sich jedoch nicht gegen die Staatsverschuldung als solche, sondern gegen ihre Form. Keynes hat immer wieder gefordert, Staatsschulden zinslos durch die Zentralbanken zu finanzieren. Anstatt die Geldmenge jedes Jahr planmäßig dadurch auszuweiten, dass die Zentralbank den Geschäfts-

banken zusätzliches Geld zur Verfügung stellt, könnte sie es dem Staat geben, von dem es dann im Zuge der Staatsausgaben in den Wirtschaftskreislauf fließt. Eine solche Defizitfinanzierung würde zwar eine Änderung des Vertrages von Maastricht voraussetzen, entspräche aber gesellschaftlicher Vernunft.

STEFAN KALMRING & ANDREAS NOWAK: Eine erfolgreiche politische Strategie ist in eine langfristige Perspektive eingebunden. Das kann für uns nur ein demokratischer Sozialismus sein. Welche Bedeutung kommt einer sozialistischen Transformationsperspektive zu? Und wie könnte dies nach dem Scheitern des realexistierenden Sozialismus aussehen?

KLAUS PETER KISKER: Die grundlegende Umorientierung der europäischen Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik erfordert eine Analyse der Entwicklung, der gegenwärtigen Lage und der Zukunftstrends, denn ohne eine umfassende Analyse der Ursachen der gegenwärtigen Krise – und stattdessen einer Beschränkung auf Symptome oder auf nebensächliche Faktoren – werden die wesentlichen Probleme bewusst oder unbewusst verschleiert. Das Überleben der Menschheit erfordert Strukturen zu entwickeln, in denen die Menschen die Produktion sowie ihre eigenen gesellschaftlichen Verhältnisse beherrschen und in gesellschaftlicher Verantwortung entscheiden, was wo in welchen Mengen unter welchen Bedingungen produziert wird.

Das heißt: Die gegenwärtige Steuerung der kapitalistischen Wirtschaften durch den privaten Profit muss schrittweise eingeschränkt und schließlich überwunden werden. An die Stelle der betriebswirtschaftlichen Logik muß eine gesellschaftliche Profitorientierung treten. Ohne die ideologische Selbstbefangenheit zu überwinden und bewusst die Grenzen systemimmanenter Kritik zu sprengen, sind wirksame Strategien dazu nicht zu entwickeln. Eine sozialistische Transformationsperspektive läßt sich meines Erachtens nur auf der Basis eines Bewusstseins der Bevölkerung von der absoluten Notwendigkeit grundlegender Veränderungen durchzusetzen.